

STADT BERN

PLANUNG BRÜNNEN

Die Migros macht den Deckel zu

Obwohl Rekurse gegen das Projekt Westside angekündigt sind, macht die Migros vorwärts und finanziert schon mal die Autobahnüberdeckung: Am 11. Juni fahren beim Tunnelportal in Brünnen die Bagger auf.

Interview: Hugo Wyler Merki

«Das Westside ist einen wichtigen Schritt weiter gekommen», erklärte gestern im schmucken Brünnenpavillon Martin Schläppi, Westside-Projektleiter bei der Migros. Gemeint hat er damit den Entscheid des Kantons vor zwei Wochen. Dieser hatte das Baugesuch der Migros Aare für das 350 Millionen Franken teure Projekt bewilligt. «Das war der Schlüssel», meinte Schläppi. Damit habe bereits die zweite Instanz festgehalten, dass das Projekt «bewilligungsfähig» ist.

Schläppi bezeichnete das Risiko, nun noch mehr Geld in Vorarbeiten zu investieren, als «klein und kalkulierbar». Bisher investierte die Migros laut Schläppi 30 bis 40 Millionen Franken in die Planung des Westside. Nun wird sie weitere 20 Millionen in die bereits baubewilligte Autobahnüberdeckung stecken (vgl. Box). Die andere Hälfte übernehmen Stadt, Kanton und Grundeigentümer. Planungsdirektor Alexander Tschäppät sieht in der gestern bekannt gegebenen Vorfinanzierung den «endgültigen Durchbruch zum Aufbruch». Der Spatenstich erfolgt am 11. Juni, und tags darauf steigt in Brünnen ein kleines Volksfest. Bereits in einem Jahr wäre der Baustart fürs Westside möglich.

Die Migros ist fest überzeugt, dass es so weit kommt. Schläppi: «Die Qualität des Kantonsentscheides ist so gut, dass sich allfällige Rekurrenten warm anziehen müssen, wollen sie nicht auf die Schnauze fallen.» Die Grüne Partei Bern und Privatpersonen um EDU-Nationalrat Christian Waber haben eine Anrufung des Verwaltungsgerichts angekündigt. Migros-Sprecher Thomas Bornhauser hofft, die Gerichte würden «in diesem speziellen Fall» rascher als innert eines Jahres entscheiden. ◆



Posieren vor dem Portal des Brünnentunnels: Stadtpräsident Klaus Baumgartner (von rechts), Planungsdirektor Alexander Tschäppät und Migros-Projektleiter Martin Schläppi. BILD WALTER PFÄFFLI

«Das ist ein besonderer Moment»

Gestern gabs für Stadtpräsident Klaus Baumgartner ein Glas Rotwein – auf den Baustart in Brünnen.

Interview: Hugo Wyler Merki

Herr Baumgartner, wie lange beschäftigen Sie sich schon mit der Planung Brünnen?

Stadtpräsident Klaus Baumgartner: Brünnen ist für mich in meiner ganzen politischen Karriere immer ein Thema gewesen. Manchmal auch ein schwerwichtiges. Deshalb ist es für mich jetzt eine grosse Freude und ein ganz besonderer Moment, dass der Baustart erfolgen kann. Brünnen ist nicht mehr länger blosses Papier, jetzt wird handfest gebaut.

Am 11. Juni beginnt der Bau der Autobahnüberdeckung. Was bedeutet dieser Tag für die Stadt?

Das bedeutet für die Stadt, dass es vorwärts geht mit dem Projekt Brünnen: auf der einen Seite mit dem Wohnungsbau für bis zu

3000 Leute und auf der anderen Seite mit dem Freizeit- und Einkaufszentrum der Migros. Es bedeutet den Start für eine Milliarde Franken Investitionen. Es bedeutet Arbeit, insbesondere auch fürs Baugewerbe. Für die Stadt bedeutet es, dass die neuen Bewohner Steuern zahlen werden – rund sieben Millionen Franken. Es bedeutet, dass hier draussen 1000 Arbeitsplätze entstehen. Es bedeutet ein Signal zum Aufbruch, und es bedeutet eine sinnvolle Siedlungsergänzung an bester Lage, die mit dem öffentlichen und motorisierten Verkehr erschlossen wird.

Wenn man Ihnen so zuhört, erhält man fast den Eindruck, dass diese Entwicklung ohne Tram West – über das im Kanton am 16. Mai abgestimmt wird – gar nicht möglich ist.

Das Tram Bern West ist wirklich ein sinnvolles Projekt, das wir hier in Brünnen benötigen. Vor allem auch für die Anbindung von Bethlehem und Bümpliz an die restliche Stadt. Es ist das beste Verkehrsmittel für die Fein-

verteilung im öffentlichen Verkehr.

Geht es ohne Tram West?

Es ginge ohne Tram, ja. Aber die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr wäre nicht optimal. Einer der Gründe, wieso man das Tram Bern West mit der Endstation hier in Brünnen geplant hat, ist eben die Erschliessung von Brünnen. Es gibt kein anderes, sinnvolleres Verkehrsmittel. Es ist aber auch eine Entlastung der Strasse. Man darf den Umsteigeeffekt, den so ein Tram bringt, nicht klein veranschlagen. Und wir haben hier in Bern schon eine Bevölkerung, die den öffentlichen Verkehr sehr stark benützt. Das wollen wir beibehalten, so müssen wir nicht übermässig in die Strassen investieren. Wenn man das alles anschaut, dann macht ein solches Tramvorhaben eben Sinn.

Die Stadt beteiligt sich an der Vorfinanzierung des Autobahndeckels und geht damit auch ein Risiko ein. Was macht Sie, Herr Baumgartner, so sicher, hier mitzuziehen?

DER TUNNEL

Bis 2007 fertig

Der Brünnentunnel wird um 500 Meter gegen Westen verlängert und misst neu einen Kilometer. Die Arbeiten am Tunnel und den Anschlüssen dauern bis im Februar 2007, sagte Martin Frick, Vizechef Nationalstrassen beim Kanton. Bereits im Herbst 2005 ist die Überdeckung so weit, dass mit dem Bau fürs Westside und den Wohnungen begonnen werden kann. Das Projekt kostet 40 Millionen Franken. Es musste «massiv» überarbeitet und «auf den neusten Stand» der Sicherheitsauflagen gebracht werden, sagte Frick. Der Tunnel wird mit Videoüberwachung, modernsten Brandschutzanlagen und Personenfluchtwegen ausgestattet. wyl

MARKTGASSE

Bern ohne Türler

Sinkende Umsätze und hoher Investitionsbedarf: Bijoutier Türler schliesst Ende Mai seine Berner Filiale.

Die Stadt Bern verliert ein international renommiertes Fachgeschäft. «Ich habe nach reiflichen Überlegungen den Entschluss gefasst, das Türler-Geschäft in Bern auf Ende Mai zu schliessen», schreibt Franz Türler an seine Kundschaft. Von der Aufgabe der Filiale seien drei Teilzeit- und ein Vollzeitangestellter betroffen.

Laut dem Firmeninhaber, der das über 120-jährige Familienunternehmen in vierter Generation von Zürich aus leitet, stellen die Versicherungen neue Anforderungen an die Sicherheit: «Obwohl wir bereits Anfang Jahr umfangreiche Investitionen tätigten, könnten weitere in Zukunft nötig werden», erklärt Türler. So müssten unter anderem neue Panzerscheiben, Kameras und Tresore installiert werden. Türler macht aber auch keinen Hehl aus seiner Ansicht, dass die Berner Innenstadt fürs Gewerbe «nicht attraktiv» sei. Die Zugänglichkeit für Kunden, die mit dem Auto anreisen, sei unbefriedigend. Zudem schrecke die hohe Zahl an Demonstrationen viele Kaufwillige ab. «Viele Kunden kommen erst gar nicht mehr nach Bern», erklärt Türler.

Bereits vor fünf Jahren drohte der Bijoutier, Bern zu verlassen, als die Baubehörde einen Umbau des Geschäftes vorerst abgelehnt hatte. Schliesslich liess sich für die Liegenschaft an der Marktgasse doch noch eine Ausnahme von den Schutzvorschriften finden, sodass Türler seine Filiale umbauen konnte. bob

STADTRAT

Betreuung geregelt

Die familienergänzenden Betreuungsangebote in der Stadt Bern werden klarer geregelt und Tarife vereinheitlicht.

Das Berner Parlament hat gestern Abend klar die entsprechenden Reglemente verabschiedet. Da die Ausarbeitung von neuen Tarifen für Kindertagesstätten (Kitas) und Tages Schulen beim Kanton in Verzug geraten ist, musste die Stadt Bern die Reglementierung selbst in die Hand nehmen.

Die Tarife berechnen sich neu linear statt in Stufen nach dem Einkommen der Eltern. Die Minimalansätze wurden nur leicht angehoben, während die höheren Einkommen stärker belastet werden. So müssen Eltern ab einem Einkommen von 13 000 Franken monatlich neu 2257 statt 2000 Franken für einen Tagesstättenplatz bezahlen.

Im Stadtrat wurden die Reglemente positiv aufgenommen. Die familienergänzende Kinderbetreuung sei ein grosses Bedürfnis, da immer häufiger jeweils beide Elternteile erwerbstätig seien. Die lineare Tarife seien gerechter, hiess es im Rat von links und rechts. Das Tagesstättenreglement wurde im Rat mit 57 Ja- gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen verabschiedet, das Tagesschulreglement einstimmig bei 2 Enthaltungen. Die Reglemente treten ab dem Schuljahr 2004/2005 in Kraft. sda

TÖTUNGSDELIKT «BEAUJOLAIS»

Obergericht bestätigt Strafe

«Rasende Eifersucht mildert die Strafe nicht»: Dies befand das Obergericht und bestätigte das Urteil von zehn Jahren Zuchthaus für einen Brasilianer, der seine Freundin erstochen hatte.

Bernhard Ott

«Ich frage mich, warum der Psychiater keine Persönlichkeitsstörung diagnostizierte», sagte Verteidiger Philipp Kunz im August 2003 vor dem Kreisgericht. Die Wahrnehmung seines Mandanten sei zum Zeitpunkt der Tat nämlich «verschoben» gewesen. Kunz forderte damals eine Strafe von sechs Jahren Zuchthaus. Das Kreisgericht folgte seinem Antrag aber nicht und verurteilte den heute 40-jährigen Brasilianer wegen vorsätzlicher Tötung zu zehn Jahren Zuchthaus. Der Mann war ge-

ständig, seine Freundin, die damalige Geschäftsführerin des Restaurants Beaujolais, in der Nacht auf den 21. Februar 2002 mit mehreren Messerstichen getötet zu haben.

«Tod in Kauf genommen»

In der gestrigen Appellationsverhandlung vor der ersten Strafkammer des Obergerichtes forderte Verteidiger Kunz nun eine Reduktion des Strafmasses auf maximal sechs Jahre Zuchthaus. Der Wille seines Mandanten sei auf Grund des Affektes «nur noch mangelhaft ausgebildet» gewesen, heisst es im schriftlichen Parteivortrag. «Gerade die rasende Eifersucht muss für den Angeschuldigten entlastend wirken», hält Kunz fest.

Das Obergericht hatte für diese Argumente kein Gehör. Von einem «mangelhaften Willen» könne nicht die Rede sein, erklärte Gerichtspräsidentin Renate Binggeli. Im erstinstanzlichen Urteil von zehn Jahren

Zuchthaus sei eine «leicht verminderte Zurechnungsfähigkeit» des Angeschuldigten bereits berücksichtigt. «Rasende Eifersucht kann im Nachhinein nicht strafmildernd sein», sagte Binggeli. Der Angeschuldigte hätte genug Zeit gehabt, sein besitzergreifendes Verhalten zu ändern. Dann wäre es laut Binggeli kaum zur folgenschweren Auseinandersetzung gekommen.

Strafe ist angemessen

Auch gemessen an vergleichbaren Taten und Urteilen sei das vom Kreisgericht definierte Strafmass von zehn Jahren Zuchthaus «ausgewogen», befand Gerichtspräsidentin Renate Binggeli. Die Appellation gegen den zehnjährigen Landesverweis hatte die Verteidigung kurz vor der Verhandlung vor Obergericht zurückgezogen. Auch die 10 000 Franken Genugtuung, die er dem Vater des Opfers bezahlen muss, hatte der Angeschuldigte nicht bestritten. ◆

RANDSTÄNDIGEN-SZENEN

Frösch will Knigge-Polizei

Der Gemeinderat will eine mobile Eingreiftruppe, die im Umfeld von Randständigen für mehr Ordnung sorgt.

Pascal Schwendener

Sie sind halb Sozialarbeiter, halb Securitasleute: die Leute der SIP Züri. Seit vier Jahren sorgt die mobile Eingreiftruppe erfolgreich für ordentlichere und gesellschaftsverträglichere Verhältnisse rund um die Drogen-, Alkoholiker- und Punkszenen. Und ebenso lange diskutiert man ein ähnliches Projekt in der Bundesstadt. Nun macht der Gemeinderat vorwärts: «Er hat mich beauftragt, bis zu den Sommerferien eine entsprechende Vorlage zuhanden des Stadtrats auszuarbeiten», sagte gestern Sozialdirektorin Therese Frösch. Viel auszuarbeiten gibt es allerdings nicht. Fröschs Vorgängerin Ursula Begert hat bereits vor drei Jahren das Projekt «Pinto – Prävention, Intervention, Tole-

ranz» vorgelegt. Doch Pinto hatte damals politisch keine Chance. Die vierköpfige Truppe hätte rund 350 000 Franken gekostet. «Zu teuer», beschieden Gemeinderat und Stadtrat, obwohl das Berner Modell rund fünfmal kleiner und günstiger geplant war als jenes in Zürich. «Inzwischen ist Pinto aber mehrheitsfähig», sagte Therese Frösch und verwies auf zwei hängige Vorstösse aus dem RGM-Lager, die eine solche Eingreiftruppe fordern.

Ist «Pinto» nun die Alternative für die umstrittenen Wegweisungen, wie sich das SP und Grüne Freie Liste vorstellen? «Nein», sagt Therese Frösch. «Der Gemeinderat will an der Wegweisungspraxis festhalten – als Ultima Ratio im Kampf gegen störende Gassenszenen.»

Frösch möchte «Pinto» am liebsten noch in diesem Jahr einführen. «Als zweijährigen Pilotversuch», wie sie sagt. «Und zwar unbedingt gekoppelt mit einem Alkistübli für die Wintermonate.» ◆